

Rede 2.8.24, Braubachstraße

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde.

In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden über 4000 Roma und Sinti, die im Abschnitt B II e des Vernichtungslager Auschwitz, der Baracke für Roma und Sinti, interniert waren, vergast. Im Mai desselben Jahres haben sich die Roma und Sinti erfolgreich gegen einen ersten Versuch der Ermordung und Verlegung zur Wehr gesetzt. Die unvergleichbare industrielle Vernichtung von Roma, Sinti und Juden war den Nazis so wichtig, dass sie selbst Versorgungszüge für die Kriegsfrente im Osten ausfallen ließen und stattdessen für die Deportation ins Gas einsetzten.

Die 2015 verstorbene deutsche Sinteza Anna Mettbach beschrieb das Vernichtungslager Auschwitz. Sie war eine der wenigen Überlebenden ihrer Familie. „Wir waren einige Tage unterwegs. Ohne Wasser und ohne Nahrung. Jeder hing seinen Gedanken nach. Angst. Hoffnungslosigkeit. Was wird werden? Ich wusste nicht, wo wir hinkommen. Wir sind in Auschwitz angekommen an der Rampe. Und dann hört man das Gebrüll. Da standen die Herren der SS, die Herren über Leben und Tod, mit Schäferhund und Gewehr. Dann ging es nur mit einer Daumenbewegung: so viel war der Mensch wert.“ Ein überlebender Rom berichtete „Alles, was ich damals erlebt habe, kann ich nicht vergessen, bis auf den heutigen Tag. Regelmäßig habe ich nachts Alpträume, dann träume ich von all dem Schrecklichen, das ich in Auschwitz und anderswo erlebt habe, ich wache dann mitten in der Nacht aus meinen Träumen auf und zittere am ganzen Körper. Die Angstträume kehren immer wieder zurück, sie sind ein Teil von mir geworden, den ich nicht mehr loswerde.“ Primo Levi, ein jüdischer Intellektueller und italienischer Widerstandskämpfer, fasste die Internierung in Auschwitz mit folgenden Worten zusammen: heute ist mir von meinem Leben vor Auschwitz nur so viel geblieben, dass ich Hunger und Kälte besser ertragen kann, ich bin nicht mehr lebendig genug, mich umzubringen. Hermann Langbein, ein Auschwitz-Überlebender, berichtete, dass es im Vernichtungslager Auschwitz Birkenau nichts Elenderes gab, als den Block der Roma und Sinti.

Die Familie von Frau Barbara Strauss, einer verstorbenen Frankfurter Romni, hatte sieben Kinder, drei Jungen und vier Schwestern. Die Eltern und alle Geschwister, außer dem Bruder Paul und der älteren Schwester Buscha, sind in Auschwitz vergast worden; weil sie Roma waren. Im März 1943 wurde die Familie deportiert. Der Transport war unmenschlich. Eingepfercht in einem Viehwagen, ohne Essen, nur dürftig mit Wasser versorgt und auf Stroh liegend, nahm die 14tägige Fahrt ihren Lauf. Sie endete an der Rampe von Auschwitz. Dort wurden alle Kleinkinder, Kranken und Alten selektiert und direkt vergast. Im speziell für die Roma und Sinti gebauten Lager teilten sich 10 Personen ein Bettgestell. Frau Strauss erkrankte kurz nach der Ankunft an Typhus und verbrachte zwei Monate im Krankenbau. Die beiden Brüder Paul und Fritz wurden zur Maurerkolonie abkommandiert. Ihre Aufgabe bestand darin, das Vernichtungslager Auschwitz Birkenau weiter auszubauen. Frau Strauss musste die Leichen der Verwandten und aller anderen, die im Block starben, wie Holz stapeln. Der Stapel wurde auf einen LKW geladen, zum Krematorium gebracht und verbrannt. Frau Strauss und viele andere Menschen litten neben den körperlichen Folgeschäden auch an psychischen Qualen. Die unbeschreibliche Tortour führt zur Traumatisierung, zu unzähligen schlaflosen Nächten. Entschädigungszahlungen blieben aus, kamen zu spät, waren zu gering und mit demütigenden Prozeduren verbunden.

Die Diskriminierung, Verfolgung und Internierung von Roma und Sinti war bereits in der Weimarer Republik Gegenstand öffentlichen Handelns. Wilhelm Leuschner, 1929 hessischer Innenminister, verantwortete das „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ und erließ

1931 eine weitere Verschärfung. Leuschner hat mit dem Gesetz, das später auch Vorbild für die sog. Zigeunergesetzgebung im Nationalsozialismus war, ausdrücklich die Kriminalisierung, die vollständige Erfassung und Internierung von Roma und Sinti betrieben. Es ging ihm in dem Akt nicht generell um Gewerbetreibende, sondern speziell - und darin liegt die rassistische Intention, die selbst mit der Weimarer Verfassung nicht konform war - um die Verfolgung, die modernste und effektivste Registrierung sowie die schnellstmögliche Inhaftierung und Ausweisung von Roma und Sinti. Bei der Verleihung der Wilhelm Leuschner Medaille, der höchsten hessischen Auszeichnung, die den Widerstandkämpfer zum Hintergrund hat, wird seine Verantwortung an den Verbrechen gegenüber Roma und Sinti verschwiegen.

Die Vorstufe zur Vernichtung wurde durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Roma und Sinti geschaffen. Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin“ und seine enge Mitarbeiterin Eva Justin waren hierfür maßgeblich verantwortlich. Ihre sogenannten „rasenbiologischen“ Untersuchungen registrierten minutiös über 20.000 deutsche Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung. Justin verfasste zudem ihre Promotion in einem Heim der Caritas in Muldingen bei Stuttgart. Sie beobachtete dort über 40 Kinder aus Sinti- und Roma-Familien, beschrieb sie in unmenschlichster Art und Weise und ebnete so, nach Abschluss ihrer Arbeit, den Transport der Kinder nach Auschwitz, wo bis auf ein Mädchen, alle am 2.8.1944 vergast wurden. Seitens der katholischen Kirche gab es keinen Protest, der objektiv möglich war und bei den Euthanasie-Morden aufgrund der Intervention von Bischof Galen aus Münster 1941 punktuell Erfolg hatte.

Im Stadtgesundheitsamt Ffm. befand sich das Erbarchiv, das nunmehr im Institut für Stadtgeschichte ist. Es diente zur Erfassung und Kategorisierung von Menschen gemäß den Kriterien „Fremdrassig, Jude, Zigeuner“. Das Amt kooperierte eng mit dem Reichssicherheitshauptamt, d. h. der sog. „Dienststelle für Zigeunerfragen“, der Frankfurter Kriminalpolizei, dem Reichsgesundheitsamt, den Meldestellen und Standesämtern. Die Behörde bereitete die Einweisung in die Psychiatrie vor, begleitete Verfahren beim Erbgesundheitsgericht und entschied bei Zwangssterilisationen. Stadtverwaltung, Universität, Justiz Polizei, Kirche, die Bevölkerung, die politischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit beteiligten sich im Nationalsozialismus an der Erfassung, Denunziation, der Inhaftierung und Deportation in die Lager.

1947 wurde Robert Ritter von Sozialdezernent Prestel als Stadtarzt und Leiter der Jugendsichtungsstelle für Gemüts- und Nervenranke und der Jugendpsychiatrie nach Frankfurt gerufen. Er hielt die Beschäftigung von Ritter angesichts seiner rassistischen akademischen Vorarbeiten für ausdrücklich wissenschaftlich erwünscht. Eva Justin, seine enge Assistentin während der gemeinsamen Arbeit im Reichsgesundheitsamt, kam 1949 nach und war als Kinderpsychologin tätig. Rudolf Prestel war seit 1937 verantwortlich für die Konzentrationslager für Roma und Sinti in der Krupp- und Dieselstraße und an der Verfolgung und Deportation von Juden und Jüdinnen beteiligt. Er trat bereits 1933 in die NSDAP ein. Auch Personaldezernent Menzer stand 1947 hinter der Anstellung. Erste Verfahren auf Initiative von Roma und Sinti gegen Justin und Ritter blieben erfolglos. Ritter starb 1951. Erst Anfang der 60er Jahre wurden die Verbrechen beider aufgrund von Veröffentlichungen in Quick, Spiegel und Stern, dem Engagement des Journalisten Valentin Senger und den Aktivitäten des Generalstaatsanwalts Fritz

Bauer im Rahmen des ersten Frankfurter Auschwitzprozesses wieder öffentlich diskutiert, Justin jedoch nicht verurteilt. Den Aussagen von ebenfalls belasteten Zeugen wurde in den Verfahren mehr Beachtung geschenkt, als den Berichten von Roma und Sinti. Lediglich Justin's Arbeitsstelle wurde auf Prestels Anordnung auf den Bonameser Standplatz, wo auch Roma und Sinti lebten, verlegt. Sie erforschte dort erneut deren soziale Situation und war danach, erst durch Intervention des Frankfurter OB Brundert, im Universitätsklinikum Ffm. tätig. Justin starb 1966 in Offenbach. Ein nach Prestel benanntes Pflegeheim, er hatte nach 1945 auch eine wichtige Position in der bundesrepublikanischen Sozialpolitik, wurde aufgrund seiner Rolle in der NS-Zeit inzwischen umbenannt. Dennoch führten Frankfurter StadtpolitikerInnen und das Institut für Stadtgeschichte seine angebliche Unwissenheit bei der Anstellung von Ritter und Justin an, um die Tafel zu verhindern. Erst am 27.1.2000 wurde die privat finanzierte Tafel, nach zehnjährigem Engagement der Roma Union, des Förderverein Roma und privater UnterstützerInnen an historischem Ort angebracht.

Das zentrale Mahnmal zur Ermordung von Roma und Sinti im Nationalsozialismus im Berliner Tiergarten steht seit zwei Jahren aufgrund von Bauarbeiten zur Disposition. Die Glastafeln, die Pflasterung, die Technik, ein Teil der bewaldeten Fläche und der automatische Austausch der Blumengebinde samt musikalischem Hintergrund sind davon betroffen. Ein Umstand, der angesichts der Bedeutung des Ortes niemals sein dürfte. Für die Nachkommen und die Überlebenden ist es ein Ort der Anerkennung der Verbrechen, der Trauer sowie ein wichtiges Mahnmal gegen heutigen Rassismus. Besonders erschütternd ist die Tatsache, dass ausgerechnet die Deutsche Bahn den Auftrag erhält, das Denkmal zu beschädigen. Denn ihre Vorgängerin, die Reichsbahn hat während der NS-Zeit an der massenhaften Deportation von Juden, Roma und Sinti Blutgeld verdient hat. Diese historische Verantwortung wird durch die geplanten Baumaßnahmen völlig missachtet. Auch der Senat für Verkehr ignoriert die Einwände von betroffenen Familien, von Verbänden und UnterstützerInnen und weist auf die Priorität der Berliner Verkehrsplanung hin. Ungeachtet dessen, dass Alternativen zur favorisierten S-Bahn Erweiterung existieren, gibt der Senat zu verstehen, dass doch alle Seiten Opfer in der NS-Zeit zu beklagen haben. Eine unerträgliche Beleidigung der ermordeten Roma und Sinti und ihren Angehörigen. Am 28.9.24 ist eine bundesweite Demonstration für den Erhalt der Gedenkstätte geplant.

Zurzeit ist die Ausstellung Frankfurt Auschwitz des Förderverein Roma im Hochbunker der Initiative 9. November in der Friedberger Anlage zu sehen. Sie dokumentiert die Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti im Nationalsozialismus und die Rolle der Stadt Frankfurt, sie benennt Verantwortliche und zeichnet die Wirkungsgeschichte nach 1945, die Kontinuität von Verfolgung und rassistischer Ausgrenzung, auf. Die Ausstellung kann bis Ende November mittwochs von 17:00 – 19:00 und sonntags von 11:00 – 14:00 Uhr besucht werden. Auch Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Seit Mitte letzten Jahres gibt es die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus auch in Hessen. Sie führt am 12.9.24 ihre zweite Regionalkonferenz in Ffm. durch. Der hessische

Landesverband der deutschen Sinti und Roma und der Förderverein Roma nehmen die Arbeit wahr und dokumentieren in Kooperation mit der Bundesstelle Ereignisse von Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistischer Gewalt gegenüber Roma und Sinti. In dem Bericht 2023 werden über 1200 Vorfälle festgehalten. Ein kurzer Auszug.

- Die Bewerbung eines Rom wird erst dann berücksichtigt, als er die Information „Sprache Romanes“ streicht.
- Mehrere Personen überfallen einen Standplatz, zünden Böller und zeigen den „Hitler Gruß“.
- Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr, Jobcenter und Jugendamt räumen die Wohnung einer Roma Familie wegen Mängel im Brandschutz. Andere Wohnungen von Nicht-Roma, die ebenfalls vom schlechten Brandschutz betroffen sind, bleiben unberücksichtigt. Die Familie wird obdachlos.
- Roma aus der Ukraine, vom Krieg traumatisiert, werden von Leistungen und Unterkunft ausgeschlossen, weil sie außer der ukrainischen auch eine weitere Staatsbürgerschaft haben.
- Ein Vater bringt seine schwer kranke Tochter ins Krankenhaus, weil der Krankenwagen nicht kommt. Im Krankenhaus wird der Tod des Kindes festgestellt und der Vater dafür verantwortlich gemacht. Nach unsäglichen Unterstellungen wird das Verfahren schließlich eingestellt.
- Das Jobcenter zweifelt zunehmend nachweisbare Beschäftigungsverhältnisse vom Roma MirgrantInnen an und versucht so, ihnen ihren legitimen Aufenthalt im Rahmen der EU-Freizügigkeit zu entziehen.
- Bei einer Gedenkveranstaltung in eine Synagoge stellt sich ein katholischer Geistlicher der Vertreterin einer Selbstorganisation der Sinti und Roma mit den Worten vor: „Ich kenne ja nur den Begriff Zigeuner, mit dem Hintergrund Verbrechen“.
- Ein Haus, in dem eine Sinti-Familie lebt, wird von Schüler:innen mit Eiern beworfen. Sie hatten zuvor die in dem Gebäude lebenden Kinder gemobbt, geschlagen, verfolgt und als „dreckige, stinkende und klauende Zigeuner“ beschimpft.
- Eine Ärztin bekundet „Ich behandle keine Roma-Frauen“.
- Vor der Beratungsstelle des Förderverein Roma wird anlasslos und völlig überzogen ein hilfeschuchender junger Mann einer demütigenden polizeilichen Kontrolle ausgesetzt. Ein Mitarbeiter, der sich beschwert, erhält einen Platzverweis.
- Eine Schülerin, Romni, meldet sich für das Abitur an. Eine Lehrkraft fragt unter anderem, warum die Schülerin sich überhaupt so viel Mühe geben würde, da sie ja sowieso nicht lange bleiben und wahrscheinlich schon in einem Monat heiraten würde.
- Eltern beschwerten sich bei der Schulleitung, dass auch traditionell gekleidete Roma-Familien auf dem Schulhof warten und ihre Kinder abholen würden. Die Schulleitung bittet sie daraufhin, außerhalb zu warten.

- Eine Sachbearbeiterin lehnt die Unterstützung von Roma und Sinti ab, weil diese nicht „integrierbar wären“.
- Eine Romni hört von einem Frauenarzt nach Rückfragen hinsichtlich ihrer Behandlung, „wäre Hitler noch am Leben, dann würdest Du nicht so viele Fragen stellen.“

Rassistische Überfälle und Ausgrenzungen, Diskriminierungen in Behörden, Institutionen und menschenverachtende Hetze durch Parteien nehmen in erschreckendem Ausmaß zu. Auch die letzte Mitte Studie aus 2024 bestätigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland erhebliche Vorurteile gegenüber Roma und Sinti haben. Die Abschiebung von Roma in Länder, wo sie offen angegriffen werden und unter extremer Armut leiden, funktioniert ohne wesentlichen Protest. Die Liste der sicheren Herkunftsländer, wie neuerdings Georgien und Moldau, erleichtert das Prozedere.

Allein zuversichtlich ist die Entwicklung, dass es immer mehr Selbsthilfeorganisationen und unterstützende NGOs gibt, die sich bundesweit und international gut vernetzen, sich nachdrücklich gegen Rassismus und für eine sichere und menschliche Perspektive für Roma und Sinti einsetzen.

Mit diesen Worten möchte ich enden und bitte anlässlich des 80. Jahrestags der Ermordung von über 4000 Menschen im Block der Roma und Sinti im Vernichtungslager Auschwitz und den über eine halbe Million Toten der Minderheit während des Nationalsozialismus um eine Gedenkminute.

Vielen Dank